



Erzbistum Berlin

Diözesanrat der Katholiken
im Erzbistum Berlin

Diözesanrat, Niederwallstr. 8-9, 10117 Berlin

Ergebnisprotokoll der Sitzung der Vollversammlung des Diözesanrates der Katholiken im Erzbistum Berlin am 22. Oktober 2011 im Gemeindezentrum der Herz-Jesu-Gemeinde Berlin-Charlottenburg

Anwesend: siehe Liste (wird auf Wunsch nachgereicht)

Es war mit folgender Tagesordnung eingeladen worden:

1. Begegnung des Diözesanrates mit Erzbischof Dr. Rainer Maria Woelki
2. Genehmigung des Protokolls der Sitzung vom 19. März 2011
3. Anfragen an den Vorstand
4. Bericht des Vorstands
5. Taizé in Berlin
Europäisches Jugendtreffen zum Jahreswechsel 2011/2012
Stand der Vorbereitungen (Brüder aus Taizé berichten)
6. Bericht der Missbrauchsbeauftragten im Erzbistum Berlin, Frau Sigrid Rogge
7. Bericht aus dem Zentralkomitee der deutschen Katholiken (ZdK)
8. Antrag des Sachausschusses „Politik und Gesellschaft“:
„Katholische Kirche und Kommunalpolitik – Handlungsempfehlungen für Dekanatsräte“
9. Ggf. weitere Anträge
10. Wahl des Wahlgremiums für die Hinzuwahl von weiteren Persönlichkeiten zum Diözesanrat gemäß § 5.3 der Satzung des Diözesanrats
11. Verschiedenes

Herr Klose eröffnet die Sitzung der Vollversammlung, er begrüßt die Mitglieder der Vollversammlung sowie in besonderer Weise Herrn Erzbischof Dr. Woelki und dankt ihm für die gemeinsame Eucharistiefeier. Herr Klose dankt weiterhin der gastgebenden Kirchengemeinde Herz Jesu und drückt seine Freude über die Mitfeier des Gottesdienstes durch Pater Respondek als Pfarradministrator und Pfarrer Gandoulou von der französischsprachigen katholischen Gemeinde aus. Weiterhin dankt er allen, die an der Gestaltung der Eucharistiefeier beteiligt waren. Herr Klose übermittelt der Vollversammlung Grüße aus der Ökumene von Herrn Böer, Präses der Landessynode der EKBO, und Herrn Superintendent Bruckhoff, Vorsitzender des Synodalausschusses „Ökumene, Weltmission und kirchlicher Entwicklungsdienst“, die beide leider nicht kommen können, kündigt aber zugleich Herrn Superintendenten Schürer-Behrmann an, der ab Mittag an der Vollversammlung in Vertretung von Herrn Bruckhoff teilnehmen wird. Weiterhin begrüßt Herr Klose als Gäste die Teilnehmerinnen an der Auftaktveranstaltung zum Dialogprozess in Mannheim, die dem Diözesanrat nicht angehören, Sr. Michaela Bank und Frau Köhler. Er macht auf die während der Sitzung stattfindende Sammlung für den Drei-Königs-Preis aufmerksam und weist auf eine Karte für den schwer erkrankten Herrn Maaß hin, die zur Unterschrift ausgelegt worden ist. Herr Klose dankt allen Mitgliedern der Vollversammlung für ihr vielfältiges Engagement in der zu Ende gehenden Amtsperiode, besonders dankt er Herrn Dompropst Dr. Dybowski für seine Unterstützung. Er stellt fest, dass es sich bei dieser Vollversammlung um die letzte in der laufenden Amtsperiode handelt, dass aber Vorstand, Geschäftsführender Ausschuss und Sachausschüsse noch bis zur Konstituierung des neuen Diözesanrates am 2. Juni 2012 im Amt sind. Herr Klose geht in einem kurzen Rückblick auf die Ereignisse der vergangenen Monate ein (Tod von Kardinal Sterzinsky, bundesweiter Auftakt zum Dialogprozess, Ernennung und Amtseinführung von Erzbischof Dr. Woelki, Besuch von Papst Benedikt XVI.) und schlägt

einen Bogen zu den aktuellen Ereignissen (Koalitionsverhandlungen in Berlin; bevorstehende Wahlen zum Pfarrgemeinderat und Kirchenvorstand).

Herr Klose stellt fest, dass die Beschlussfähigkeit der Vollversammlung gegeben ist. Zur Tagesordnung wird vorgeschlagen, die Reihenfolge von TOP 7 und 8 zu tauschen, da Herr Biebert, der im Auftrag des Sachausschusses „Politik und Gesellschaft“ den Antrag „Katholische Kirche und Kommunalpolitik – Handlungsempfehlungen für Dekanatsräte“ vorstellen soll, die Vollversammlung vorzeitig verlassen muss. Bei einer Enthaltung wird die Änderung der Tagesordnung einstimmig angenommen.

TOP 1:

Da Erzbischof Dr. Woelki die Arbeit des Diözesanrates kennenlernen will, berichten die Vorsitzenden der Sachausschüsse des Diözesanrates zunächst über Schwerpunkte ihrer Arbeit und künftige Vorhaben.

Frau Dr. Schneider berichtet in Vertretung von Frau Eichert aus dem Sachausschuss „Migration und Integration“ (Schwerpunkte der Arbeit: Vernetzung mit Engagierten in der Flüchtlings- und Integrationsarbeit, Gespräch mit Dekanatsräten, Einladung von Experten aus Caritas, EKBO und Rundfunkrat, Mitwirkung bei der Gestaltung der Interkulturellen Woche, Begleitung der Ankunft irakischer Christen in Berlin, Erfahrungsaustausch mit polnischen Flüchtlingsberatungsstellen, Planung eines deutsch-polnischen Kolloquiums für Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter von Einrichtungen der Flüchtlingsarbeit unter dem Titel: "Arbeit mit Flüchtlingen und Umgang mit der Dublin-II-Verordnung: Herausforderung mit Chancen für Kirche und Gesellschaft" im Juni 2012; s. auch Anlage 1).

Herr Riebschläger berichtet aus dem Sachausschuss „Pastorale Entwicklung“ (Schwerpunkte der Arbeit: Begleitung von Strukturveränderungen und der Ausgestaltung der Pastoral, Anregung zu neuen Aufbrüchen durch konkrete Aktionen, Erarbeitung von Vorschlägen im Hinblick auf Gemeindestruktur und Leitung zur Weitergabe an das Seelsorgeamt).

Herr Streich berichtet aus dem Sachausschuss „Ökumene und interreligiöser Dialog“ (Schwerpunkte der Arbeit: Anregung und Gestaltung des ökumenischen Handelns und des interreligiösen Dialogs im Erzbistum, Aufbau und Pflege von Kontakten, Bildung der ständigen Arbeitsgruppen „Christlich-Jüdischer Dialog“ und „Christlich-Islamische Begegnung“ sowie von Ad-hoc-Arbeitsgruppen, jährliche Durchführung von Ökumenebeauftragtentreffen, Zusammenarbeit mit der Synode der EKBO, Durchführung von gemeinsamen Exerzitien von Mitgliedern des Diözesanrates und der Synode, Zusammenarbeit mit dem Ökumenischen Rat Berlin-Brandenburg, jährliche Veranstaltung zur „Woche der Brüderlichkeit“, Mitveranstaltung des jährlichen Pogromgedenkens in der Sophienkirche, Durchführung mehrerer christlich-islamischer Dialogveranstaltungen zu unterschiedlichen Themen mit der DITIB).

Herr Oehmicke berichtet aus dem Sachausschuss „Bewahrung der Schöpfung / Eine Welt“ (Erfolge der Arbeit: Klimaschutzbeschluss der Vollversammlung und Mitarbeit am Klimaschutzplan des Erzbistums, jährliche Verleihung des Ökumenischen Umweltpreises, Durchführung von drei Informationstagen „Energieeinsparung in Kirchengemeinden“ in guter Kooperation mit der Abteilung Bau- und Gebäudemanagement und der Abteilung Allgemeine Dienste des EBO, Durchführung jährlicher Informationsveranstaltungen zur MISEREOR-Fastenaktion gemeinsam mit MISEREOR; Misserfolg: keine Aufnahme des Vorschlages zum Aufbau einer Bistumspartnerschaft; schriftlicher Tätigkeitsbericht s. Anlage 2).

Herr van Schewick berichtet aus dem Sachausschuss „Politik und Gesellschaft“ (Schwerpunktthemen des Sachausschusses: Öffentlichkeitsarbeit der Gemeinden, Internetauftritt des Erzbistums und des Diözesanrates, Zukunft der Kirchenzeitung, Angebot eines Vortrages des MDG-Geschäftsführers zur Erreichung von Milieus, Zukunftsfähigkeit des Dritten Weges, Kirche und Kommunalpolitik, Politisches Handeln des Diözesanrates; nicht gelungen ist die Erstellung von „Messlatten“ für die Abgeordnetenhauswahl 2011).

Herr Preller berichtet aus dem Sachausschuss „Bildung und Erziehung“ (zentrale Themen: Religionsunterricht – Kooperation zwischen EKBO und Erzbistum, Ergänzende Betreuung an

katholischen Grundschulen, Gewinnung von Lehrerinnen und Lehrern für katholischen Schulen im Erzbistum, Erhalt der katholischen Altenpflegeausbildung im Erzbistum). Herr Preller weist auf die gute Zusammenarbeit mit dem Erzbischöflichen Ordinariat und dem EKBO-Synodalausschuss „Kinder, Jugend, Bildung“ hin.

Herr Klose dankt den Sachausschüssen für ihre Berichte und führt in die Themensammlung für einen möglichen Dialogprozess im Erzbistum Berlin ein. Er gibt seiner Hoffnung Ausdruck, dass Erzbischof Dr. Woelki diesen Prozess in absehbarer Zeit in unserem Erzbistum initiieren wird und erklärt die Bereitschaft des Diözesanrates zur Mitgestaltung. Unter dem Motto „Darüber müssen wir reden ...“ bilden sich acht Arbeitsgruppen und versammeln sich in verschiedenen Räumen. Anschließend werden die Gruppenergebnisse (s. Anlage 3) im Plenum vorgestellt.

Erzbischof Dr. Woelki erklärt in seiner Stellungnahme dazu, dass er selbst auf der Suche sei und keine fertigen Antworten habe. Er würdigt den Einsatz des Diözesanrates. Die Berichte stellten ein überzeugendes und lebendiges Zeugnis der Kirche von Berlin dar. Der Erzbischof geht auf Ängste vor weiteren Gemeindefusionen ein, die in der Arbeitsgruppe, an der er teilgenommen hatte, geäußert worden waren. Er erklärt, dass Strukturen Halt und Orientierung geben, dass sie sich aber verändern werden, weil die Zahl der Priester weiter abnimmt. Wichtig sei es, sich bewusst zu machen, dass es darum gehe, den Menschen Jesus Christus unter den Bedingungen von 2011 zu bringen. Die Priester sollen aber den Dienst der Evangelisierung nicht allein tun, sondern alle Christinnen und Christen sind dazu aufgerufen. Er weist auf die von Kardinal Lustiger gegründete École cathédrale in Paris hin, in der eine Aus- und Weiterbildung von Laienchristen erfolgt, und macht deutlich, dass wir wieder neu lernen müssen, den christlichen Glauben in einer Sprache zu verkündigen, die die Menschen unserer Zeit verstehen. Es sei aber auch notwendig, die Menschen zu befähigen, die besondere Sprache der Liturgie zu erlernen und die Harmonie des Glaubens zu erspüren. So solle über Möglichkeiten des Katechumenats nachgedacht sowie eine Verständigung über Schwerpunkte der Seelsorge (Zuschnitt pastoraler Räume und Ausstattung mit Seelsorgern) herbeigeführt werden. Dabei sind Strukturen zu schaffen, die von Verwaltungsarbeit entlasten. Dabei sei jedoch gesunder Realismus gefragt. Erzbischof Woelki plädiert dafür, kleine Schritte zu gehen, um nicht in Frustrationen steckenzubleiben. Es gelte, auf die vorhandenen Kräfte zu schauen und daran eine missionarische Pastoral auszurichten. Zugleich weist er auf das Beispiel Südkoreas hin. Die Kirche dort sei in den vergangenen Jahren stark gewachsen, weil die Struktur des Evangeliums die Basis sei. Jeder koreanische Christ nehme sich vor, drei Nichtchristen mit Christus in Kontakt zu bringen. Erzbischof Woelki bittet den Diözesanrat um vertrauensvolle Zusammenarbeit auf dem Weg der gemeinsamen Berufung.

Herr Klose dankt dem Erzbischof für seine Ausführungen und erklärt die Bereitschaft des Diözesanrates, bei der Bewältigung der anstehenden Aufgaben mitzuwirken. Trotz der fortgeschrittenen Zeit bietet er die Gelegenheit zur Aussprache an. Frau Funke beantragt, jetzt keine Diskussion zu führen, sondern die Worte des Erzbischofs erst einmal wirken zu lassen. Dem stimmt die Vollversammlung zu.

Nach der Mittagspause begrüßt Frau Schärfl, die die Moderation der Sitzung übernimmt, Frau Rogge und die Brüder Andreas und Georg aus Taizé.

TOP 2:

Das Protokoll der Vollversammlung am 19. März 2011 wird von den Mitgliedern der Vollversammlung in der vorliegenden Fassung einstimmig bei zwei Enthaltungen genehmigt.

TOP 3:

Anfragen an den Vorstand liegen nicht vor.

TOP 4:

Herr Klose verweist auf den übermittelten Jahresbericht und bietet die Möglichkeit zu Nachfragen an. Herr Manderla nimmt Bezug auf das auf Seite 4 berichtete Gespräch mit Kardinal

Sterzinsky am 26. Oktober 2010, bei dem dieser seine Position bekräftigte, dass an katholischen Schulen nur katholische Lehrkräfte beschäftigt werden, und bittet um Abbildung der abweichenden Position des Diözesanrates. Herr Streich erklärt, dass die im Rahmen der „Woche der Brüderlichkeit“ am 24. März 2011 durchgeführte Veranstaltung zum Thema „Zeit zur Neu-Verpflichtung. Zwölf Berliner Thesen zum Verhältnis von Christen und Juden“ (Seite 9) von Frau Dr. Abmeier moderiert worden ist und dass Rabbiner Dr. Brandt daran als Präsident des Koordinierungsrates der Gesellschaften für christlich-jüdische Zusammenarbeit teilgenommen hat. Herr van Schewick macht deutlich, dass nicht er, wie auf Seite 1 des Jahresberichts vermerkt, sondern Herr Klose Vorsitzender der AG Grundeinkommen gewesen ist. Frau Streich nimmt Bezug auf die Information auf Seite 2 des Berichts, wonach vom Geschäftsführenden Ausschuss das Kommunikationsverhalten der Bistumsleitung hinsichtlich der Bistumsfinanzen kritisiert und größere Transparenz gefordert wurde, und fragt, ob es in dieser Beziehung neue Ergebnisse gibt. Herr Klose verneint dies. Herr Manderla dankt dem Vorstand und den Sachausschüssen abschließend ganz ausdrücklich für die geleistete Arbeit.

Herr Klose informiert über die Begegnung des erweiterten Präsidiums des ZdK mit Papst Benedikt XVI. in Freiburg, an der er selbst teilnehmen konnte. Es handelte sich dabei um eine Audienz, bei der die Laien die Wertschätzung durch den Papst erfahren durften. Herr Klose berichtet, dass er dem Papst kurz für den Gottesdienst im Berliner Olympiastadion und für sein Gespräch mit Missbrauchsopfern in Erfurt gedankt hat.

TOP 5:

Bruder Andreas aus der Communauté von Taizé berichtet, dass seit Mitte September 2011, als in der St. Hedwig-Kathedrale ein Eröffnungsgebet stattfand, fünf Brüder aus Taizé sowie einige Schwestern von St. André und zwölf freiwillige Helfer/innen in Berlin sind, um das am Jahresende stattfindende internationale Jugend-Treffen vorzubereiten. Von montags bis samstags findet jeweils um 12.30 Uhr ein gemeinsames Gebet des Vorbereitungsteams in der Marienkirche am Alexanderplatz statt, zu dem alle herzlich eingeladen sind. Bruder Andreas informiert über den Hintergrund und den Ablauf des Treffens. Es geht letztlich darum zu lernen, wie verantwortungsbewusst Glauben in der Welt von heute gelebt werden kann. Für das Treffen werden private Gastgeber gesucht sowie Kirchengemeinden, die sich am Programm beteiligen und Jugendlichen ein Zuhause bieten. Kirchengemeinden sollen als Orte des Vertrauens erlebt werden können.

Bruder Georg drückt die Hoffnung aus, dass auch Mitglieder kirchlicher Verbände im Morgenprogramm des Treffens eine Rolle spielen und den Jugendlichen Zeugnis geben von ihrem Engagement. Er ermutigt zur Teilnahme am Treffen auch die Jugendlichen, die außerhalb des Berliner ABC-Bereichs wohnen, z.B. Jugendliche aus Vorpommern. Da die Lösung der organisatorischen und logistischen Probleme bisher gut vorangekommen sei, konzentrierten sich die Brüder aus Taizé und ihrer Helfer/innen zurzeit auf Besuche in den Kirchengemeinden. Bruder Georg weist abschließend auf ausgelegte Informationshefte und DVDs hin.

TOP 6:

Frau Rogge berichtet über ihre Arbeit als Beauftragte für Verdachtsfälle sexuellen Missbrauchs, die sie seit März dieses Jahres auf der Basis einer 30-Stunden-Stelle ausübt. Bereits von 2002 bis 2007 war sie ehrenamtlich in dieser Funktion tätig. Sie erklärt, dass für sie der vertrauliche Umgang mit den ihr anvertrauten Informationen oberste Priorität hat, um den Schutz der Opfer und auch den Schutz der Beschuldigten bestmöglich zu gewährleisten und um eine Atmosphäre zu schaffen, in der Betroffene den Mut zur Kontaktaufnahme finden. Frau Rogge ist Diplom-Psychologin und Psychologische Psychotherapeutin, hat über 20 Jahre in der Ehe- und Familien-Beratung des Caritasverbandes in Potsdam gearbeitet, vorher in der Psychiatrie. Sie ist jetzt für zwei Jahre vom Caritasverband für die Aufgabe der Missbrauchsbeauftragten freigestellt und ist froh darüber, auf psychologische und psychotherapeutische Fachkompetenz in dieser Arbeit zurückgreifen zu können.

Entsprechend den Leitlinien der Deutschen Bischofskonferenz für den Umgang mit sexuellem Missbrauch Minderjähriger hat sie als Missbrauchsbeauftragte folgende Aufgaben:

- Funktion als erste Ansprechperson bei Verdacht auf sexuellen Missbrauch Minderjähriger durch Kleriker, Ordensangehörige, die im bischöflichen Auftrag tätig sind, und andere Mitarbeiter im kirchlichen Dienst (z.B. aus Schulen, Kindergärten, Caritasverband)
- erste Bewertung der Hinweise auf ihre Plausibilität
- Information des Erzbischofs über die Vorwürfe
- ggf. Gespräch mit dem Betroffenen
- Funktion als Ansprechpartnerin für Betroffene während des gesamten Aufklärungsprozesses
- Plausibilitätsprüfung von Anträgen auf finanzielle Unterstützung in Anerkennung des Leids, das Opfern sexuellen Missbrauchs im Raum der katholischen Kirche erfahren mussten.

Darüber hinaus erreichen Frau Rogge auch immer wieder Fragen und Anliegen, die über ihre Beauftragung hinausgehen, die z. B. den Aufklärungsprozess selbst, die Begleitung der Beschuldigten während des Aufklärungsprozesses oder auch die Information der betroffenen Gemeinden und Mitbrüder des Beschuldigten betreffen. Diese Anliegen nimmt sie gern auf, um sie dann an die entsprechenden Verantwortlichen weiterzuleiten.

Die Befassung mit sexuellem Missbrauch ist aus Sicht von Frau Rogge eine besondere Herausforderung, da das Thema allein durch das Aussprechen betroffen macht, verunsichert und Abgründe erahnen lässt. Noch dazu sei es Tabuthema und makelbehaftet. Sich diesem Thema trotz allem zu stellen verlange Überwindung und zeuge von einer großen Verantwortungsbereitschaft für den Schutz von Kindern und Jugendlichen. Die Wachsamkeit des Diözesanrates im Hinblick auf einen verantwortungsvollen Aufklärungsprozess innerhalb unseres Erzbistums will Frau Rogge gern unterstützen. Sie erklärt, dass die Aufklärung sexuellen Missbrauchs eine vielschichtige und komplexe Aufgabe ist, die des Mittuns vieler bedarf.

Im Umgang mit dem existenziellen Leid, das sexueller Missbrauch verursacht, sieht Frau Rogge eine weitere Herausforderung. Sie macht deutlich, dass es sie sehr berührt, welche tiefen Wunden sexueller Missbrauch bei den Opfern hinterlässt und wie diese oft über Jahrzehnte hinweg in extremer Weise darunter zu leiden haben. Hinzu komme, dass Opfer, die die Kraft und den Mut finden, den erlebten Missbrauch zu veröffentlichen, häufig von einer Lawine vergangener Erfahrungen überrollt werden und den Missbrauch quasi noch einmal erleben. Solch tiefe Betroffenheit und Verletzung dränge nach Heilung und Aufklärung. Das verlange einen verantwortungsvoll und vor allem auch professionell geführten Aufklärungsprozess. Und dieser brauche Zeit. Diese lange Zeit der Ungewissheit und Aufgewühltheit sei für Betroffene kaum auszuhalten. Sie brauchen in dieser Zeit viel Verständnis und Unterstützung.

Darüber hinaus seien auch die beschuldigten Priester und Mitarbeiter im kirchlichen Dienst im Blick zu behalten und für sie Sorge zu tragen. Nicht selten stürze sie der Vorwurf des sexuellen Missbrauchs in eine tiefe emotionale und existenzielle Krise. Auch sie brauchen Begleiter, die sie in dieser Zeit besonders unterstützen und dafür Sorge tragen, dass sie sich nicht alleingelassen fühlen. Zugleich verlange aber auch der Umgang mit sexuellem Missbrauch den Mut zur Begrenzung.

Frau Rogge konstatiert, dass seit dem Bekanntwerden der Missbrauchsfälle in Einrichtungen der katholischen Kirche im Januar 2010 sehr viel passiert ist, im Bereich der Deutschen Bischofskonferenz wie in unserem Erzbistum.

Für unser Erzbistum sind dabei außer der Einrichtung der 30-Stunden-Stelle für die Missbrauchsbeauftragte folgende Punkte zu nennen:

- Alle bekannten, derzeit ungeklärten Vorwürfe sexuellen Missbrauchs befinden sich im Aufklärungsprozess.

- Am 5. April 2011 fand die konstituierende Sitzung des ständigen Beraterstabes zur Beratung in Fragen des Umgangs mit sexuellem Missbrauch Minderjähriger statt. Zum Beraterstab gehören der Jurist Herr Dr. Brand, der Pressesprecher Herr Förner, die Psychiaterin Fr. Dr. Mikolaiczky, die Psychotherapeutin Frau Pies und Pfarrer Rupprecht.
- Es konnten Fachkräfte gewonnen werden, die zugesagt haben, für die Betroffenen in der Zeit des Aufklärungsprozesses zeitnah, also ohne die üblichen Wartezeiten, zur Verfügung zu stehen: Mitarbeiter/innen aus Beratungsstellen, Psychotherapeuten und Seelsorger für die Begleitung von Betroffenen, Herr Kloss und Herr Maaß als Gemeindeberater für betroffene Gemeinden, Pfarrer Rupprecht als seelsorglicher Begleiter der beschuldigten Priester.
- Im Mai fand ein erstes Treffen mit den Generalstaatsanwälten von Berlin und Brandenburg, einem Vertreter der evangelischen Kirche und Weihbischof Dr. Heinrich statt mit dem Ziel der Abstimmung einer konstruktiven Zusammenarbeit. Geplant sind weitere Treffen unter Einbeziehung der Justiziere und Missbrauchsbeauftragten.
- Es hat sich ein reger Fachaustausch etabliert unter den Missbrauchsbeauftragten der Diözesen, und mit Fachberatungsstellen für Fragen sexuellen Missbrauchs.

Frau Rogge stellt allerdings auch fest, dass noch sehr viel zu tun bleibt, und nennt u. a. folgende Punkte: Aufklärungsprozess optimieren; Zusammenarbeit der am Aufklärungsprozess Beteiligten stärken; Arbeitsweise im Rahmen der Aufklärung präsenter gestalten, um Opfern sexuellen Missbrauchs Sicherheit zu geben, ihre Erlebnisse zu veröffentlichen; Fortbildung von Mitarbeitern im kirchlichen Dienst. Es muss zudem gewährleistet werden, dass das derzeitige Engagement und die Wachsamkeit für dieses Thema auch in Zukunft erhalten bleiben.

Ein wichtiges Thema ist für Frau Rogge außerdem die Prävention sexuellen Missbrauchs. In diesem Zusammenhang weist sie auf das katholische Netzwerk Kinderschutz hin und auf die Vorgaben der Präventionsordnung. Darüber hinaus sei es die Aufgabe des Erzbistums, einen Präventionsbeauftragten zu berufen zur Unterstützung und Koordinierung der diözesanen Aktivitäten zur Prävention von sexuellem Missbrauch.

Frau Rogge nennt folgende Anliegen für die Zusammenarbeit:

- Sowohl die Betroffenen sexuellen Missbrauchs als auch die Zeugen sexueller Übergriffe sind zu ermutigen, diese öffentlich zu machen. Jeder Verdacht auf sexuellen Missbrauch oder sexuelle Grenzverletzung soll Frau Rogge bekanntgegeben werden.
- Da sexueller Missbrauch und die Aufklärung sexuellen Missbrauchs spalten (die eigene Familie, die Gemeinde, das Helfersystem), ist es sehr wichtig, für die Dynamik der Spaltung achtsam zu bleiben. Es geht darum, das Tun daran zu messen, ob es zur Spaltung beiträgt oder zur Unterstützung des Aufklärungsprozesses.
- Aufklärung von sexuellem Missbrauch wird immer hinter den Erfordernissen zurückbleiben. Wenn es zu Situationen kommt, in denen Handlungs- oder Veränderungsbedarf gesehen wird, wünscht sich Frau Rogge, dass ihr entsprechende Anregungen gegeben werden.
- Um sexuellem Missbrauch wirkungsvoll begegnen zu können bedarf es eines wachsamem, kritischen und sich gegenseitig unterstützenden Ringens aller, die in der Verantwortung für Kinder und Jugendliche stehen.

In der anschließenden Aussprache geht es in den vorgetragenen Fragen um die im Zusammenhang mit sexuellem Missbrauch verwendete Begrifflichkeit, um die Aufklärung darüber, welche Strukturen in der Kirche Missbrauchsfälle ermöglicht haben, um die Dynamik der Spaltung und um die Nennung von konkreten Zahlen. Außerdem wird gefragt, welche spezifischen Unterschiede es zwischen Missbrauch in der Kirche und außerhalb gebe und wer für die nichtsexuelle Form des Missbrauchs zuständig sei.

Frau Rogge bestätigt, dass „sexueller Missbrauch“ eigentlich nicht der korrekte Begriff für den entsprechenden Vorgang ist; treffender sei es, von „sexualisierter Gewalt“ zu sprechen. Sie erklärt, dass Fallaufklärung ihre vorrangige Aufgabe sei. Die Untersuchung von Strukturen gehöre nicht zu ihrem Auftrag. Dennoch hoffe sie, dass sich Gremien damit befassen werden. Die Dynamik der Spaltung beinhalte viele Vorwürfe und viel Misstrauen. Hier sei besondere

Achtsamkeit notwendig. Im Hinblick auf die gewünschten Zahlen erklärt Frau Rogge, dass sie in Absprache mit Weihbischof Dr. Heinrich keine Auskunft über die Anzahl der aktuell bearbeiteten Fälle geben könne. Die einzelnen Fälle unterschieden sich sehr voneinander und könnten deshalb nicht auf einen Nenner gebracht werden. Frau Rogge teilt allerdings mit, dass im Erzbistum Berlin sieben Anträge auf finanzielle Leistungen vorliegen. Den spezifischen Unterschied zum Missbrauch außerhalb der Kirche sieht Frau Rogge in der herausgehobenen Position des Priesters, dessen Autorität sein Tun überschattet. Die Frage nach der Zuständigkeit für die nichtsexuelle Form des Missbrauchs in der Kirche gibt Frau Rogge weiter an Dompropst Dr. Dybowski, der erklärt, dass jeder Pfarrer dafür zuständig sei und es keine offizielle Benennung gebe.

Frau Schärfl dankt Frau Rogge für ihre Ausführungen und begrüßt Superintendent Schürer-Behrmann. Dieser wendet sich in einem kurzen Grußwort an die Vollversammlung und übermittelt Grüße des Ständigen Ausschusses „Ökumene, Weltmission und kirchlicher Entwicklungsdienst“ der Landessynode der EKBO im Auftrag des Vorsitzenden, Superintendent Bruckhoff. Herr Schürer-Behrmann teilt mit, dass er die EKBO im Zentralausschuss beim Ökumenischen Rat der Kirchen in Genf vertritt. Ausdrücklich begrüßt er die Zusammenarbeit von Synode und Diözesanrat.

TOP 8 (vorgezogen):

Herr Bienert stellt den Antrag „Katholische Kirche und Kommunalpolitik – Handlungsempfehlungen für Dekanatsräte“ (s. Anlage 4) vor. In der Diskussion darüber wird von Herrn Riebschläger und Herrn Streich auf die unterschiedlichen Zuschnitte der einzelnen Dekanate und die unterschiedlichen Situationen in den einzelnen Dekanaten hingewiesen. Herr Riebschläger bittet darüber hinaus die neue Lage aufgrund der Schaffung pastoraler Räume zu bedenken. Herr Streich setzt sich dafür ein, den ökumenischen Aspekt zu stärken und verweist auf die Gründung einer Arbeitsgemeinschaft Christlicher Kirchen in Berlin-Marzahn als Ansprechpartnerin für die Kommune.

Herr van Schewick erklärt, dem Sachausschuss „Politik und Gesellschaft“ als Antragsteller sei bewusst, dass die Handlungsempfehlungen nicht alle vorfindlichen Situationen abdecken können. Es gehe jedoch um das Anliegen, dass Kirche im Bezirk oder Landkreis vorkommt. Der Grund für die Einbringung des Antrages sei es, die Dekanatsräte zu ermutigen, auf die Kommunalpolitiker/innen zuzugehen. Für Herrn Klose wird durch den Antrag deutlich, dass es dem Diözesanrat ein Anliegen ist, dass Kirche in die Gesellschaft hineinwirkt. Die Situationen seien wohl unterschiedlich, eine Anpassung an die gegebenen Strukturen sei aber möglich. Herr Bienert spricht sich dafür aus, dass die Möglichkeiten, mit Politikern in Kontakt zu treten, von den Dekanatsräten genutzt werden sollten. Er berichtet in diesem Zusammenhang einige Beispiele aus dem Dekanat Tempelhof-Schöneberg und bittet abschließend um Zustimmung zu dem vorliegenden Antrag.

Frau Schärfl ruft zur Abstimmung über den Antrag auf. Die große Mehrheit der Mitglieder der Vollversammlung votiert dafür. Es gibt zwei Nein-Stimmen und fünf Enthaltungen. Damit ist der Antrag angenommen (Beschluss s. Anlage 5).

TOP 7:

Herr Prof. Dr. Lob-Hüdepohl berichtet aus dem ZdK über drei Schwerpunkte:

- Dialogprozess,
- 3. Ökumenischer Kirchentag,
- 99. Katholikentag in Regensburg.

Zunächst informiert er darüber, dass zum Dialogprozess auf Bundesebene nach der Auftaktveranstaltung, die Anfang Juli 2011 in Mannheim stattfand, eine Fortführung bei drei Treffen in den Jahren 2012-2014 zu folgenden Themenkomplexen vorgesehen ist:

- „Participatio“: Gemeinsame Verantwortung aller Getauften in der Kirche,
- „Compassio“: Barmherziger Umgang mit gebrochenen Biografien,
- „Communicatio“: Kommunikationsfähigkeit der Kirche.

Am 10./11. November 2011 wird in Bensberg ein Symposium zum Thema „Im Heute glauben: Dienste und Charismen – Perspektiven und Entwicklungen im priesterlichen Gottesvolk“ stattfinden, das von der Arbeitsgruppe „Priester und Laien“ des ZdK vorbereitet worden ist.

Im Hinblick auf den 3. Ökumenischen Kirchentag ist im ZdK unstrittig, dass es einen solchen geben soll. Offen ist, wann dies sein kann. Wenn der bisherige Abstand von sieben Jahren beibehalten würde, müsste der nächste Ökumenische Kirchentag im Jahr 2017 stattfinden. In diesem Jahr wird aber auch das 500jährige Reformationsjubiläum begangen. Falls der Deutsche Evangelische Kirchentag für 2017 zu einem Ökumenischen Kirchentag einladen und das ZdK förmlich zur Mitwirkung anfragen sollte, wird das ZdK dem zustimmen. Selbst will das ZdK den Termin aber nicht ins Gespräch bringen, da es in der EKD unterschiedliche Auffassungen zu einem Ökumenischen Kirchentag im Jahr 2017 gibt. Bei der nächsten Vollversammlung des ZdK ist keine Entscheidung im Hinblick auf den Ökumenischen Kirchentag zu erwarten.

Für das Jahr 2016 hat das Bistum Regensburg zum 99. Katholikentag eingeladen. Dem ZdK liegt ein Antrag auf Annahme der Einladung vor. Denn Katholikentage finden jeweils in doppelter Trägerschaft von Diözese und ZdK statt. Der Katholikentag kann aber nach Auffassung des ZdK nicht zu jeder Bedingung in Regensburg durchgeführt werden. So muss sichergestellt sein, dass Referenten, die bei anderen Katholikentagen aufgetreten sind, grundsätzlich auch in Regensburg zum Zuge kommen können und nicht Gefahr laufen müssen, vom dortigen Bischof wieder ausgeladen zu werden. Eine Entscheidung über den 99. Katholikentag ist daher noch offen.

TOP 9:

Frau Köhler vom BDKJ stellt den Antrag zur Qualifizierung von Pfarrgemeinderäten vor (s. Anlage 6). Der BDKJ bittet um ein Fortbildungsprogramm für Pfarrer und Pfarrgemeinderatsmitglieder. Da laut Geschäftsordnung des Diözesanrates nicht Verbände, sondern nur Mitglieder und Ausschüsse des Diözesanrates Anträge stellen können, treten als Antragsteller die BDKJ-Mitglieder im Diözesanrat auf. Da der Vorstand des Diözesanrats im Antrag direkt angesprochen worden ist, nimmt Herr Klose dazu Stellung: Er kann sich vorstellen, dass der Vorstand gemeinsam mit dem Seelsorgeamt das gewünschte Fortbildungsangebot erarbeitet.

Die Abstimmung über den Antrag ergibt folgendes Ergebnis: Der Antrag wird bei einer Enthaltung einstimmig angenommen (Beschluss s. Anlage 7).

Herr Streich erläutert den Antrag zur Ökumene mit dem Titel „Impuls zur Ermutigung für ökumenisches Handeln“ (s. Anlage 8) und erklärt, dass Anlass für den Antrag der Besuch von Papst Benedikt XVI. in Deutschland war.

Herr van Schewick stellt den Antrag, „spätestens 2017“ im drittletzten Absatz durch „baldmöglichst“ zu ersetzen. Er begründet dies damit, dass der Diözesanrat die evangelische Seite nicht unter Druck setzen sollte. Herr Prof. Dr. Lob-Hüdepohl schließt sich dem an und beantragt außerdem, das Wort „ökumenisch“ in der zweiten Zeile des drittletzten Absatzes durch „in ökumenischem Geist“ zu ersetzen und den nächsten Satz zu streichen. Die Formulierung „ökumenisch“ würde auch eine Teilnahme evangelischer Personen einschließen, was im Hinblick auf den eingeleiteten Dialogprozess, bei dem es vorrangig um spezifisch katholische Probleme geht, aus seiner Sicht nicht sinnvoll ist. Frau Köhler fordert darüber hinaus auch die Streichung des zweitnächsten Satzes. Dem schließt sich Herr Prof. Dr. Lob-Hüdepohl an.

Herr Streich nimmt dazu Stellung und erklärt, dass er für den Sachausschuss „Ökumene und interreligiöser Dialog“ als Antragsteller die Änderung von „ökumenisch“ zu „in ökumenischem Geist“ akzeptiert. Über die Streichung von Sätzen, die er ablehnt, solle jedoch abgestimmt werden. Im Hinblick auf die Formulierung „spätestens 2017“ spricht er sich gegen eine Änderung aus.

Herr Kanthack lässt entsprechend dem Antrag von Frau Köhler und Herrn Prof. Dr. Lob-Hüdepohl über die Streichung der folgenden Sätze aus dem drittletzten Absatz des Textes abstimmen: „Denn der Weg der Kirche in die Zukunft ist nur in der Beziehung mit anderen

Kirchen denkbar. Ein Weg, der die ökumenische Dimension ausklammert, führt nicht in die Zukunft.“

Bei neun Gegenstimmen und zwei Enthaltungen wird dieser Antrag von Frau Köhler und Herrn Prof. Dr. Lob-Hüdepohl von der Mehrheit der Mitglieder des Diözesanrates angenommen. Die beiden Sätze werden somit gestrichen.

Weiterhin lässt Herr Kanthack über den Antrag von Herrn van Schewick zur Ersetzung von „spätestens 2017“ durch „baldmöglichst“ abstimmen. Bei acht Gegenstimmen und fünf Enthaltungen wird dieser Änderungsantrag ebenfalls mehrheitlich angenommen.

Es folgt die Abstimmung über den geänderten Gesamttext des Sachausschussantrages. Dieser wird von der Vollversammlung des Diözesanrates einstimmig bei einer Enthaltung angenommen (Beschluss s. Anlage 9).

TOP 10:

Herr Kanthack erläutert die Funktion des Wahlgremiums für die Hinzuwahl von weiteren Persönlichkeiten zum Diözesanrat gemäß § 5.3 der Satzung des Diözesanrats: Somit hat das Gremium, wenn die Vertreter/innen der Dekanate, Gruppen, Verbände und Arbeitskreise feststehen, die Hinzuwahl von bis zu 20 Persönlichkeiten für die nächste Vollversammlung des Diözesanrates vorzunehmen. Er teilt mit, dass der Vorstand zehn Kandidatinnen/Kandidaten gefunden habe, die ihre Bereitschaft zur Mitarbeit erklärt haben. Es handelt sich um Frau Edenhofer, Frau Fischer, Frau Fuhrmann, Herrn Herbolte, Frau Herdemerten, Herrn Heyduck, Herrn Klose, Herrn Langen, Frau Schlarmann und Herrn Wilke. Herr van Schewick weist darauf hin, dass sich in das Wahlgremium nur Personen wählen lassen sollten, die ihrerseits nicht selbst im oben genannten Sinne hinzugewählt werden wollen.

Frau Köhler schlägt Herrn Weber als weiteren Kandidaten vor. Frau Schlarmann erklärt, dass sie auf die Kandidatur für das Wahlgremium verzichten will. Damit stehen folgende zehn Kandidatinnen und Kandidaten für die Wahl in das Wahlgremium fest: Frau Edenhofer, Frau Fischer, Frau Fuhrmann, Herrn Herbolte, Frau Herdemerten, Herrn Heyduck, Herrn Klose, Herrn Langen, Herrn Weber und Herrn Wilke.

Herr Kanthack stellt die Frage, ob es den Wunsch nach geheimer Wahl gibt. Herr Singelstein beantragt daraufhin gemäß § 8 Nr. 7.1 der Geschäftsordnung der Vollversammlung, die Wahl des Wahlgremiums geheim durchzuführen. Dem stimmt die Vollversammlung zu.

Für die Durchführung der Wahl wird ein Wahlausschuss aus drei Personen nach § 8 Nr. 3 der Geschäftsordnung gebildet. Dem Wahlausschuss gehören Frau Müßig, Herr Kaiser und Herr Singelstein an. Die Wahl wird durchgeführt. Es werden 49 Stimmen abgegeben. 48 Stimmen sind gültig, eine Stimme ist ungültig. Die notwendige Mehrheit beträgt 25 Stimmen.

Es entfallen auf

- Frau Edenhofer	43 Stimmen
- Frau Fischer	39 Stimmen
- Frau Fuhrmann	41 Stimmen
- Herrn Herbolte	38 Stimmen
- Frau Herdemerten	43 Stimmen
- Herrn Heyduck	42 Stimmen
- Herrn Klose	46 Stimmen
- Herrn Langen	37 Stimmen
- Herrn Weber	39 Stimmen
- Herrn Wilke	42 Stimmen

Somit sind alle zehn Kandidatinnen und Kandidaten in das Wahlgremium gewählt.

TOP 11:

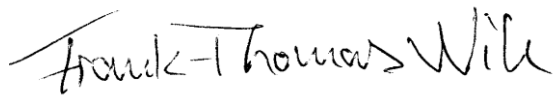
Frau Herdemerten weist auf die Veranstaltung des Kathedralforums am 25. Oktober 2011 „Zwei Kinderschicksale – Zeitzeuginnen berichten“ hin und lädt zur Teilnahme ein. Dabei werden zwei Frauen aus Polen und Litauen, die als Kinder Opfer des Nazi-Regimes geworden sind, berichten. Beide Frauen halten sich auf Einladung des Maximilian-Kolbe-Werkes in Berlin auf und besuchen auch Schulen.

Herr Klose lädt zum Katholikentag nach Mannheim ein, der dort vom 16. bis 20. Mai 2012 stattfinden wird. Von Seiten des Diözesanrates und des Erzbistums Berlin werden ein Stand sowie zwei Veranstaltungen geplant. Eine Veranstaltung trägt den Titel „Starkes Wir“. Sie wird sich mit Community Organizing befassen. Bei der zweiten Veranstaltung unter dem Titel „Der Wurm muss dem Fisch schmecken, nicht dem Angler“, die gemeinsam mit dem Katholikenrat Erfurt vorbereitet wird, soll es um pastoral-missionarische Initiativen in Ostdeutschland gehen.

Abschließend wird mitgeteilt, dass für den Drei-Königs-Preis von den Mitgliedern der Vollversammlung insgesamt 890,00 Euro gespendet wurden.

Herr Klose dankt allen an der Vorbereitung und Durchführung der Sitzung der Vollversammlung Beteiligten, insbesondere Frau Komm von der Pfarrgemeinde Herz Jesu.

Berlin, den 4. November 2011
für das Protokoll

A handwritten signature in black ink, reading "Frank-Thomas Nitz". The signature is written in a cursive, flowing style.

Frank-Thomas Nitz
Referent